

Österr.

wußt zu sein und endlich auch die ganze Leistungsfähigkeit, das ganze Ansehen der Volksvertretung darauf zu vereinigen, daß den Volksnotwendigkeiten Genüge geschieht.

Was jetzt im Vordergrund der Pflichten aller Faktoren der Gesetzgebung steht, das sind die wirtschaftlichen Fragen, und zwar nicht die wirtschaftlichen Fragen in dem allgemeinen, unendlich umfassenden Sinne des Wortes, sondern vorwiegend jene Angelegenheiten, um die sich die schweren Tagesfragen der Bevölkerung drehen. Der Herbst ist da, uns alle bedroht der ungeheure Jammer eines vierten Kriegswinter. Wir haben gesehen, wie sich im Verlauf des letzten Zeitabschnittes alle Fragen der Lebenshaltung verschärft haben, wie die Erschwernisse in der Beschaffung der notwendigen Lebensmittel sich immer vermehrt haben, wie die Preise sich unausgesetzt und unaufhaltjam steigern. Die allgemeine Meinung, wenn sie auch mit den unvermeidlichen Ursachen dieser Zustände rechnet, geht doch dahin, daß viel Urges zu vermeiden, vieles besser zu machen gewesen wäre, wenn eine stramme Verwaltung, ausgestattet mit der erforderlichen Uebersicht und Machtvollkommenheit, geschaltet hätte, wenn zugleich das Niederhalten der Kosten und vor allem der großen Preiswucherer rücksichtslos und gleichmäßig durchgeführt worden wäre. Da und dort mögen ja die ärgsten Uebelstände beseitigt worden sein, was gewiß von allen Seiten anerkannt wird. Im ganzen aber steht, dringender als jemals, die Verpflegungsfrage im Vordergrund aller Sorgen der Bevölkerung, muß sich also auch im Vordergrund der Tätigkeit der Regierung und Volksvertretung halten.

bleiben, denn die Tagesangelegenheiten, die uns auf die Nägel brennen, sind wahrlich ausgiebig genug. Zu den so mannigfaltigen Verpflegungsfragen kommen noch die damit in Zusammenhang stehenden Fragen der Versorgung der Angehörigen der Krieger, der Hinterbliebenen, der Kranken und Invaliden, die Vorbereitung der auf längere Zeit hinausreichenden Fürsorgevorkehrungen. Und erst die große Frage der Finanzierung des Staates! Berge von Arbeiten, deren bloße Aufzählung kein Ende finden könnte, harren der Tätigkeit des Reichsrates und der Regierung. Es wäre unabsehbares Unheil sollte dem Volke auch diesmal wieder eine Enttäuschung bereitet werden. Es gibt für die Gesetzgebung jetzt nur eine Richtlinie: Die eifrige Leistung positiver Arbeit.

Wiederbeginn der Reichsratsstagung.

„Positive Arbeit“ hat der Ministerpräsident in der kurzgefaßten Erklärung zum Antritt seiner Amtierung versprochen. Niemals ist eine Regierung von der Bevölkerung ernster und strenger beim Worte genommen worden, als die Regierung, der Dr. v. Seidler vorsteht. Keinerlei Worte sind ausreichend, um es darzustellen, mit welchem leidenschaftlichen Hang alle Volkskreise es erwarten, daß an die Stelle der so lange geltend gewesenen Planlosigkeit und mangelnden Zielrichtung, endlich die zweckbewußte Arbeit im Dienste der Gesamtheit trete. Wenn nun aber die Bevölkerung den Wiederbeginn der Reichsratsverhandlungen mit gewissen Erwartungen zur Kenntnis nimmt, so kommt da die Hoffnung zum Ausdruck, daß die erwählten Vertreter des Volkes sich der ihnen durch die Zeitumstände wahrlich entschieden genug auferlegten Pflicht bewußt sein werden, auch ihrerseits positive Arbeit zu leisten, der dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung be-

Mit leeren Redensarten, gar noch mit den nichtswürdigen politischen Kannegiehereien zweideutiger Parteiengrößen, den staatsrechtlichen Wahngelbilden abenteuerlicher Nationalhelden darf man dem Volke jetzt nicht kommen. Am wenigsten dem deutschen Volke. Was die Deutschen in diesem Kriege an bedingungsloser Selbstaufopferung geleistet haben, die Opfer an Gut und Blut, die sie, allen Völkern dieses Reiches voran, auf den Altar des Vaterlandes in unererschöpflicher, nie wankender Treue niedergelegt, all das gibt ihnen das Recht zu der Forderung, daß ihre Wünsche zuerst gehört und beachtet werden. Schon darum, weil jedes unbefangene Urteil, aus alter Erfahrung geschöpft, es ergibt, daß die Deutschen Oesterreichs nichts wollen, was nicht dem Wohle des Gesamtstaates frommt. Es mag sich ergeben, daß auch innerhalb der positiven Arbeit der Gesetzgebung die leidige Politik, die immer wieder von den interessierten Nationalitäten in den Reichsrat getragen wird, nicht zu umgehen sein wird. Auch da werden die Deutschen, die bewährte Staatspartei, ihren Standpunkt geltend machen, den Standpunkt jenes Oesterreichertums, für das sie seit länger als drei Jahren ihre kostbarsten Kräfte unbedenklich einsetzen. Auf hundert und aber hundert Schlachtfeldern haben sich die Deutschen das Recht erkauft, edes staatsrechtliche Experiment von sich zu weisen, das die Einheit und staatliche Geschlossenheit dieses Gemeinwesens bedroht.

Fürs erste aber haben die politischen Auseinandersetzungen auf einem Nebengeleise zu